

schaffen, daß das selbständige Abkommen zwischen den Regierungen der DDR und der BRD über den Transitverkehr von zivilen Personen und Gütern zwischen der BRD und Westberlin durch das Hoheitsgebiet der DDR sowie die Vereinbarungen zwischen der Regierung der DDR und dem Senat von Westberlin in Kraft gesetzt werden können.

Das Politbüro des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und der Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik sind der Auffassung, daß mit der Ratifizierung der Verträge der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und der Volksrepublik Polen mit der BRD sowie mit dem Inkrafttreten des Vierseitigen Abkommens eine neue Phase friedlicher Beziehungen und fruchtbarer Zusammenarbeit zwischen den europäischen Staaten und Völkern beginnen kann. Die Deutsche Demokratische Republik wird getreu ihrer friedliebenden Außenpolitik ihren Teil dazu beitragen. Sie betrachtet den Vertrag über Fragen des Verkehrs, diesen ersten Staatsvertrag zwischen der DDR und der BRD, als einen Beitrag zur Normalisierung der Beziehungen zwischen den beiden Staaten und zur Entspannung in Europa. Mit dieser Zielsetzung ist die DDR bereit, mit der BRD in einen Meinungsaustausch über die Herstellung normaler Beziehungen einzutreten und die hierfür erforderlichen völkerrechtsmäßigen Vereinbarungen zu treffen. Das Politbüro des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und der Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik sind überzeugt, daß sich in diesem Meinungsaustausch auf der Grundlage des international anerkannten Prinzips der souveränen Gleichheit aller Staaten eine konstruktive Lösung erreichen läßt.

Gleichzeitig erneuern sie ihre Bereitschaft, ausgehend vom Vierseitigen Abkommen und den von der DDR mit dem Westberliner Senat geschlossenen Vereinbarungen auch die Beziehungen zu Westberlin weiter zu normalisieren und erforderliche Abkommen zu schließen.

Das Politbüro des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und der Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik schätzen die Erfolge und Fortschritte der gemeinsamen Politik der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und der anderen sozialistischen Staaten für europäische Sicherheit und Zusammenarbeit außerordentlich hoch ein. Sie sehen in der allseitigen Stärkung der DDR als sozialistischer Staat, in ihrem unverbrüchlichen Bündnis mit der UdSSR, ihrer festen Verankerung in der sozialistischen Staatengemeinschaft das Unterpfand für neue Erfolge der friedlichen und konstruktiven Außenpolitik des sozialistischen deutschen Staates der Arbeiter und Bauern.

Beschluß des Politbüros des ZK vom 30. Mai 1972